

Michelsen, Claus; Baldi, Guido; Dany-Knedlik, Geraldine; Engerer, Hella; Pasch, Sandra

Article

Weltwirtschaft: Fortgeschrittene Volkswirtschaften vor kräftigem Aufschwung

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Michelsen, Claus; Baldi, Guido; Dany-Knedlik, Geraldine; Engerer, Hella; Pasch, Sandra (2021) : Weltwirtschaft: Fortgeschrittene Volkswirtschaften vor kräftigem Aufschwung, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 88, Iss. 23/24, pp. 388-398,
https://doi.org/10.18723/diw_wb:2021-23-2

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/235739>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Weltwirtschaft: Fortgeschrittene Volkswirtschaften vor kräftigem Aufschwung

Von Claus Michelsen, Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer und Sandra Pasch

ABSTRACT

Die globale Erholung verläuft langsamer als sich noch im vergangenen Jahr andeutete. Grund für den schleppenden Jahresbeginn waren hohe Corona-Infektionszahlen und damit verbundene wirtschaftliche Restriktionen in Europa und Japan. Zuletzt zeichnete sich ein zweigeteiltes Bild ab: In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften werden sinkende Infektionszahlen und weitere Impffortschritte voraussichtlich zu einer deutlichen Belebung führen, die besonders im Handel und Dienstleistungssektor sichtbar wird, während das verarbeitende Gewerbe wegen der hohen Rohstoffpreise kurzzeitig ein wenig hinterherhinkt. In einigen Schwellenländern hingegen dürften zuletzt rasant gestiegene Corona-Fallzahlen und eine mangelnde Impfstoffversorgung die Erholung noch ausbremsen, bevor sich die Lage wieder verbessert. Insgesamt dürfte im zweiten Halbjahr das Wachstumstempo wieder zulegen, so dass alles in allem der Ausblick für die Weltwirtschaft nahezu unverändert bleibt: In diesem Jahr geht das DIW Berlin von einem Wachstum von 6,7 Prozent aus, 2022 dürfte das Plus bei 4,9 Prozent liegen. Positive Impulse dazu liefern insbesondere die USA, der Euroraum und China, das bislang von einer weiteren Pandemie-Welle verschont blieb.

Die weltwirtschaftliche Dynamik hat zu Jahresbeginn deutlich an Fahrt verloren. Die hohen Corona-Infektionszahlen bremsten zum Jahreswechsel vor allem in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften die Erholung. Nach der kräftigen Belebung im vergangenen Sommer legte die Weltwirtschaft im vierten Quartal 2020 um 2,7 Prozent im Vergleich zum Vorquartal zu. Im ersten Quartal dieses Jahres verlangsamte sie ihr Wachstum mit einer Expansion von lediglich 0,7 Prozent deutlich (Abbildung 1).

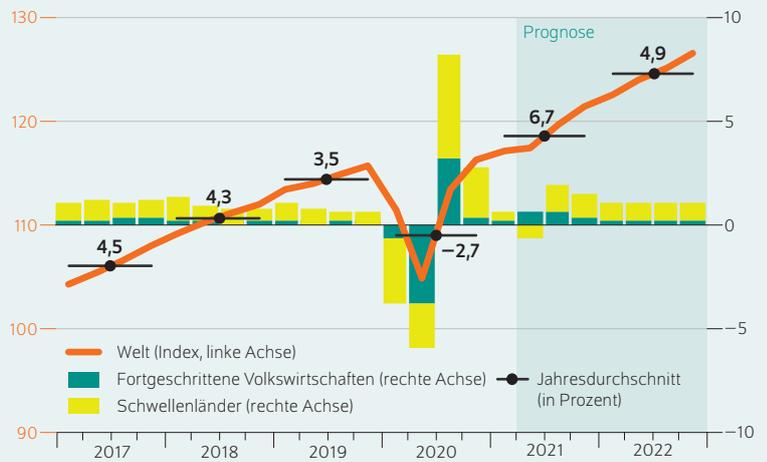
So erreichten die Corona-Ansteckungen im ersten Quartal 2021 in vielen europäischen Ländern und auch in Japan neue Höchststände. Als Konsequenz wurden im Februar und März strenge Eindämmungsmaßnahmen beschlossen, die den Geschäftsverkehr in diesen Ländern erneut massiv einschränkten. Die wirtschaftlichen Einbußen fielen im Vergleich zum Frühjahr des vergangenen Jahres allerdings deutlich geringer aus, vor allem weil die industrielle Wertschöpfung vom aktuellen Infektionsgeschehen nahezu unbeeinflusst blieb. So rutschte die Produktion im Euroraum zu Jahresbeginn mit einem Minus von 0,6 Prozent abermals in eine Rezession, nachdem sie bereits im vierten Quartal des letzten Jahres geschrumpft war. Im Vereinigten Königreich verringerte sich die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 1,5 Prozent, was nicht nur auf die erneut aufflammenden Infektionen, sondern auch auf den zu Jahresbeginn vollzogenen Austritt aus der Europäischen Union zurückzuführen ist. Auch Japans Wirtschaftsleistung nahm im ersten Quartal um 1,3 Prozent ab. In den USA hingegen sorgte das zügig voranschreitende Impfprogramm und die im Winter des vergangenen Jahres beschlossenen umfangreichen Finanzhilfen wohl dafür, dass der Erholungsprozess bereits im ersten Vierteljahr wieder an Fahrt gewinnen konnte: das Wirtschaftswachstum legte mit 1,6 Prozent in den ersten drei Monaten im Vergleich zum Vorquartal zu. Auch in den meisten Schwellenländern – allen voran China – setzte sich die Erholung im ersten Quartal dieses Jahres zunächst fort. Allerdings fiel das Wachstum in China mit einem Plus von 0,6 Prozent etwas schlechter aus als erwartet. Vor allem die schleppende Normalisierung des privaten Verbrauchs bremste dort zuletzt die wirtschaftliche Erholung.

Zum Ende der ersten Jahreshälfte kontrastiert das abklingende Infektionsgeschehen in fortgeschrittenen Volkswirtschaften mit den rasant steigenden Fallzahlen in einigen Schwellenländern in Asien und in Südamerika. Daher werden die konjunkturellen Entwicklungen der Ländergruppen wohl zunächst entsprechend auseinanderdriften. Insgesamt dürften die fortgeschrittenen Volkswirtschaften nach dem Abklingen der aktuellen Infektionswellen ihren Erholungskurs über den Sommer wieder einschlagen beziehungsweise fortsetzen – allen voran die USA gefolgt von vielen europäischen Ländern und etwas verzögert Japan.¹ Gleichzeitig machten diese Länder deutliche Fortschritte beim Aufbau eines flächendeckenden Impfschutzes, was eine schrittweise Lockerung der Infektionsschutzmaßnahmen ermöglichte. In Japan sind die gemessenen Infektionszahlen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung zwar vergleichsweise niedrig, allerdings lasteten im ersten und zweiten Quartal strenge Infektionsschutzmaßnahmen auf der Wirtschaft. Noch ist der Anteil der geimpften Bevölkerung gering. Insgesamt dürfte in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften neben einer soliden Entwicklung in der Industrie der weitere Abbau von Einschränkungen im Laufe des Sommers gerade die Wirtschaftszweige wiederbeleben, die bislang Kontaktbeschränkungen unterlagen. Dies wird wohl insbesondere dem Einzelhandel und den personennahen Dienstleistungen Umsatzzuwächse ermöglichen.

In einigen Schwellenländern, insbesondere in den größeren Volkswirtschaften Indien und Brasilien, hat sich das Infektionsgeschehen im Jahr 2021 dramatisch verschlechtert und dürfte das Wachstum bis in das kommende Quartal hinein erheblich belasten. In den meisten betroffenen Schwellenländern wurde das öffentliche Leben teilweise oder nahezu gänzlich lahmgelegt. Zudem sind in vielen dieser Länder wegen der Impfstoffknappheit noch keine umfangreichen Impfkampagnen angelaufen. Die Binnenwirtschaft in den betroffenen Volkswirtschaften Asiens und Südamerikas dürfte über den Sommer entsprechend gelähmt sein. Auch wurden für viele dieser Länder Reisewarnungen ausgesprochen und Quarantäneanordnungen für rückkehrende Personen verhängt, so dass Einnahmen aus dem internationalen Tourismus zu einem Großteil ausbleiben dürften. China blieb von dem erhöhten Infektionsgeschehen im asiatischen Raum bislang verschont. Die strikte Eindämmungsstrategie der Regierung sowie die Beschleunigung der Impfkampagne im Mai senken die Wahrscheinlichkeit eines erneuten starken Anstiegs der Infektionszahlen und entsprechend flächendeckenden Lockdowns erheblich. So dürfte die chinesische Wirtschaftsleistung zusammen mit der Produktion der fortgeschrittenen Volkswirtschaften das globale Wachstum im zweiten Quartal getragen haben und Wachstumseinbußen von einigen Schwellenländern kompensieren.

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts
Jeweils zum Vorquartal, in Prozent



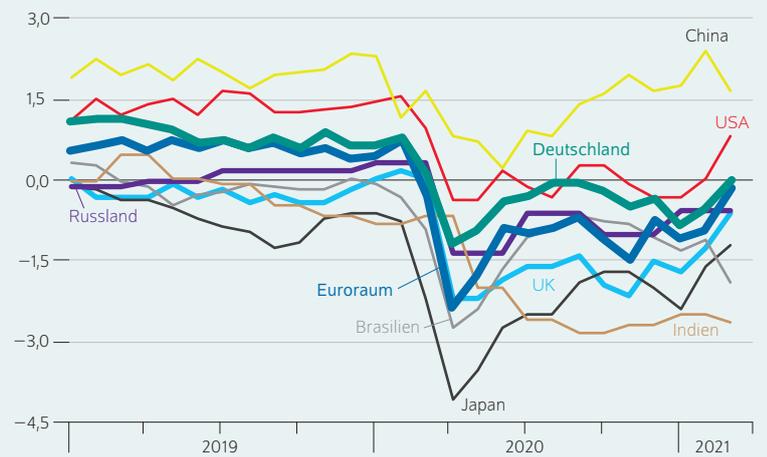
Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Sommergrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Fortgeschrittene Volkswirtschaften tragen die sich fortsetzende Erholung.

Abbildung 2

Konsumentenzuversicht
Indizes (standardisiert)



Quellen: Confidence Board; GfK UK; Japanese Cabinet Office; EU-Kommission; IBRE Brazilian Institute of Economy; China Economic Monitoring and Analysis Center; Russian Federal State Statistics Services; Reserve Bank of India; eigene Berechnungen.

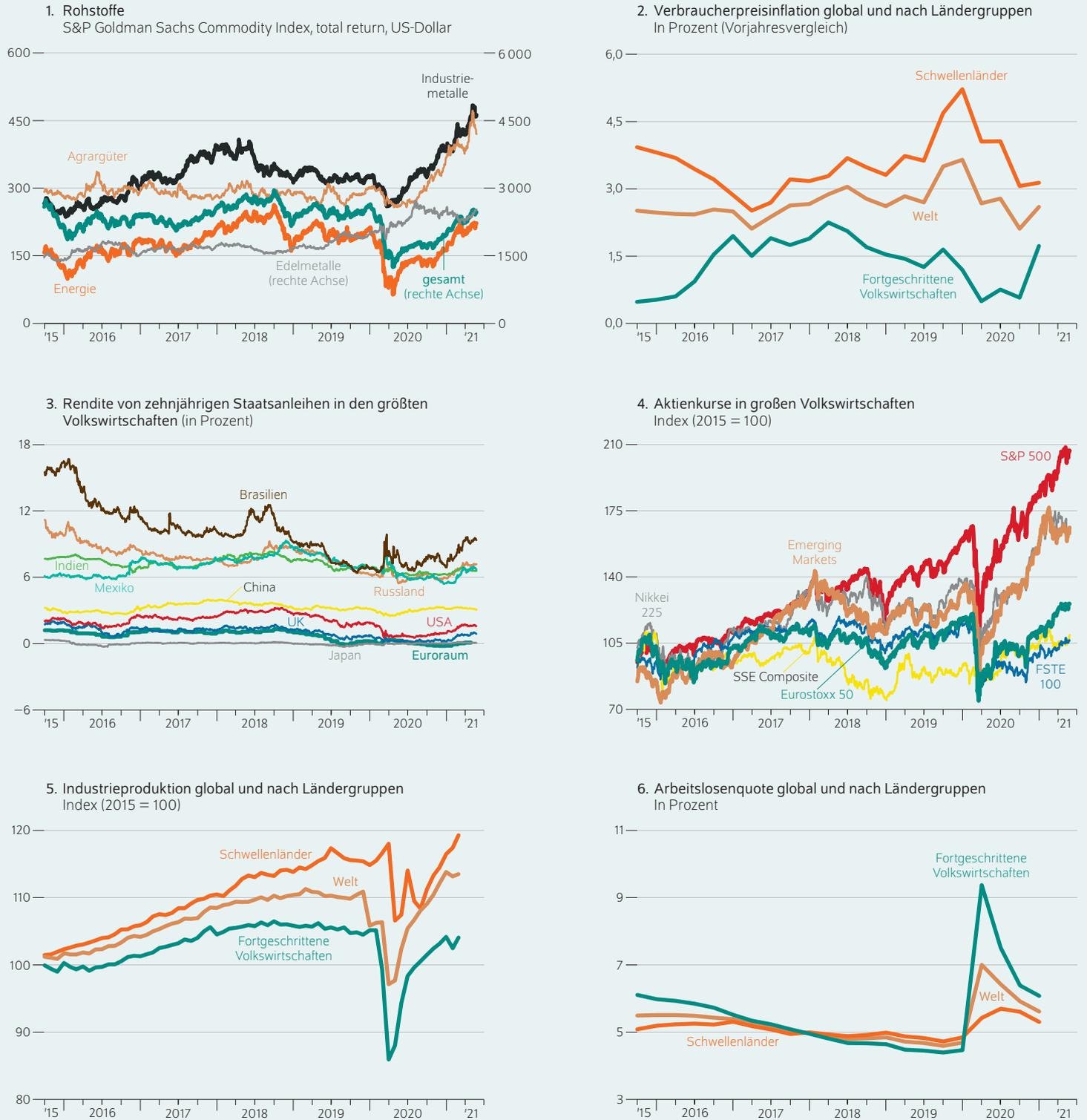
© DIW Berlin 2021

Die Stimmung der KonsumentInnen in fortgeschrittenen Volkswirtschaften hellte sich zuletzt deutlich auf.

¹ Seit Mitte April dieses Jahres sinken die Sieben-Tage-Inzidenzen in den meisten europäischen Volkswirtschaften und in den USA. Sie lagen zuletzt unter 50 Neuansteckungen je 100 000 Einwohner innerhalb einer Woche.

Abbildung 3

Indikatoren zum weltwirtschaftlichen Umfeld



Anmerkung: Letzte Beobachtungen: 26. Mai 2021 (Abbildungsteil 1); erstes Quartal 2021 (Abbildungsteil 2); 30. April 2021 (Abbildungsteil 3); 26. Mai 2021 (Abbildungsteil 4); 1. März 2020 (Abbildungsteil 5); zweites Quartal 2021 (Abbildungsteil 6).

Quellen: S&P Dow Jones Indices (Abbildungsteil 1); Deutsche Börse; CBOE (Abbildungsteil 2); EZB; PboC; Federal Reserve; BoE; BOJ; Central Bank of Brazil (Abbildungsteil 3); Bureau of Labor Statistics (Abbildungsteil 4); IHS Markit (Abbildungsteil 5); Macrobond (Abbildungsteil 6).

Tabelle

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft
In Prozent

| | Bruttoinlandsprodukt | | | | Verbraucherpreise | | | | Arbeitslosenquote in Prozent | | | |
|------------------------------------|--|-------|------|------|-------------------|------|------|------|------------------------------|------|------|------|
| | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent | | | | | | | | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | | | | |
| Euroraum | 1,3 | -6,7 | 4,1 | 4,7 | 1,3 | 0,1 | 2,3 | 1,5 | 7,5 | 8,0 | 8,4 | 7,9 |
| ohne Deutschland | 1,6 | -7,5 | 4,5 | 4,9 | 1,2 | -0,1 | 2,1 | 1,2 | 9,5 | 9,7 | 10,3 | 9,7 |
| Frankreich | 1,5 | -8,2 | 5,7 | 4,4 | 1,3 | 0,5 | 1,4 | 1,1 | 8,5 | 8,1 | 9,2 | 8,7 |
| Italien | 0,3 | -8,9 | 4,2 | 4,7 | 0,7 | -0,3 | 1,4 | 1,2 | 10,0 | 9,3 | 10,0 | 9,8 |
| Spanien | 2,0 | -10,8 | 5,6 | 6,6 | 0,7 | -0,3 | 1,5 | 1,3 | 14,1 | 15,8 | 15,8 | 14,4 |
| Niederlande | 1,6 | -3,7 | 2,6 | 3,4 | 2,8 | 1,2 | 1,8 | 1,5 | 3,4 | 3,9 | 4,4 | 4,3 |
| Vereinigtes Königreich | 1,4 | -9,8 | 5,4 | 5,5 | 1,7 | 1,0 | 1,8 | 2,4 | 3,8 | 4,5 | 5,7 | 5,2 |
| USA | 2,2 | -3,5 | 6,9 | 3,7 | 1,9 | 1,2 | 3,5 | 2,0 | 3,7 | 8,1 | 5,4 | 4,3 |
| Japan | 0,0 | -4,7 | 2,2 | 3,0 | 0,5 | 0,0 | 0,2 | 1,0 | 2,4 | 2,8 | 2,5 | 2,0 |
| Südkorea | 2,0 | -0,9 | 3,8 | 2,6 | 0,4 | 0,5 | 1,7 | 1,4 | 3,7 | 3,9 | 4,0 | 3,7 |
| Mittel- und Osteuropa | 4,2 | -3,6 | 5,0 | 4,5 | 2,7 | 3,1 | 4,0 | 3,3 | 3,3 | 3,7 | 4,0 | 3,7 |
| Türkei | 1,0 | 1,6 | 5,3 | 2,7 | 15,2 | 12,3 | 15,2 | 12,9 | 13,7 | 13,2 | 13,3 | 13,1 |
| Russland | 1,8 | -2,6 | 2,6 | 2,7 | 4,5 | 3,4 | 5,3 | 4,1 | 4,6 | 5,8 | 5,5 | 4,9 |
| China | 6,0 | 2,0 | 8,3 | 5,5 | 2,9 | 2,5 | 1,8 | 2,3 | 3,6 | 4,0 | 3,7 | 3,6 |
| Indien | 4,6 | -6,9 | 8,9 | 7,9 | 3,7 | 6,6 | 4,3 | 3,9 | | | | |
| Brasilien | 1,4 | -4,4 | 4,2 | 2,3 | 3,8 | 3,3 | 5,4 | 4,0 | 11,9 | 13,5 | 14,9 | 13,8 |
| Mexiko | 0,0 | -8,5 | 5,2 | 3,3 | 3,4 | 3,4 | 4,1 | 3,5 | 3,5 | 4,4 | 3,9 | 3,4 |
| Fortgeschrittene Volkswirtschaften | 1,6 | -4,8 | 5,4 | 3,9 | 1,5 | 0,8 | 2,6 | 1,8 | 4,5 | 6,9 | 5,7 | 4,9 |
| Schwellenländer | 4,6 | -1,4 | 7,4 | 5,4 | 3,8 | 4,1 | 3,8 | 3,7 | 4,8 | 5,4 | 5,3 | 5,0 |
| Welt | 3,5 | -2,7 | 6,7 | 4,9 | 2,9 | 2,8 | 3,4 | 3,0 | 4,7 | 6,0 | 5,5 | 5,0 |

Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Sommergrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Die unterschiedlichen Entwicklungen der Corona-Infektionen spiegeln sich auch in der Zuversicht der VerbraucherInnen wider. So hellte sich die Stimmung der KonsumentInnen in den USA, im Euroraum und im Vereinigten Königreich im April und Mai deutlich auf. Hingegen blickten VerbraucherInnen in Indien und Brasilien zuletzt pessimistischer in die Zukunft (Abbildung 2). Zudem lässt sich die Härte der Einschränkungen des öffentlichen Lebens in den Einzelhandelsumsätzen ablesen. Die Industrieproduktion sowie die Stimmung der EinkaufsmanagerInnen zeigte sich seit dem Jahreswechsel hingegen nahezu unbeeindruckt von den Pandemie-Entwicklungen. So liegen die Einkaufsmanagerindizes für das verarbeitende Gewerbe für fortgeschrittene Volkswirtschaften und Schwellenländer bis zuletzt über der Expansionsschwelle von 50 Indexpunkten (Abbildung 3). Zudem setzte der internationale Handel seinen Aufwärtstrend am aktuellen Rand fort und dürfte auch weiterhin von einer stabilen Entwicklung der Industrie gestützt werden.

Ab der zweiten Jahreshälfte wird der weltwirtschaftliche Aufschwung wohl wieder kräftig an Fahrt gewinnen. Dabei liegt der Prognose die Annahme zugrunde, dass in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften das Infektionsgeschehen bis in den Sommer immer weiter begrenzt werden kann und der zunehmende Impfschutz ein kräftiges Wiederaufblühen der Pandemie dort verhindert. Die bestehenden Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens werden sukzessive zurückgefahren und durch weniger weitreichende

Auflagen ersetzt. Ab dem vierten Quartal werden die Einschränkungen das Wirtschaftsgeschehen wohl kaum mehr behindern. Allgemeine Hygiene- und Abstandsregeln, Maskenpflicht, aber auch Kapazitätsbeschränkungen für ausgewählte Wirtschaftsbereiche wie der Veranstaltungsbranche oder im Reiseverkehr werden aber aufrechterhalten. In weniger fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist mit langsameren Erfolgen in der Pandemiebekämpfung zu rechnen. Insbesondere dort, wo die Impfkampagnen nicht so schnell vorangehen, kann zunächst nur mit harten Einschränkungen reagiert werden.

Ein kräftiges Wirtschaftswachstum in den USA und solide Produktionszuwächse in China sowie eine Erholung der Produktion des Euroraums dürften der Weltwirtschaft im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums Aufwind verleihen. Zudem ist insgesamt mit einer anhaltend guten Entwicklung der Industrie zu rechnen. Dennoch dürften die zuletzt hohen Preise für industrielle Rohstoffe und temporäre Lieferengpässe bei Vorprodukten die industrielle Wertschöpfung kurzfristig etwas belasten (Kasten). Unbeschadet davon werden sich die Unternehmensinvestitionen vielerorts wohl solide entwickeln.

Der Wegfall vieler Einschränkungen zum Gesundheitsschutz dürfte den Konsum der privaten Haushalte deutlich beleben, da ein Teil des zuletzt schwachen privaten Verbrauchs wohl nachgeholt werden wird. Es wird damit gerechnet,

dass ein ausreichender Impfschutz und weniger Angst vor neuen Infektionswellen dem privaten Verbrauch zusätzlich Schwung geben und die Sparquoten senken wird.

Der Arbeitsmarkt dürfte sich in vielen Volkswirtschaften schleppender als die Produktion erholen. Mit rasch voranschreitendem Impfschutz und finanzpolitischen Stimuli dürften in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften die Arbeitslosenquoten kontinuierlich zurückgehen, wenn Soforthilfen für Unternehmen, beispielsweise Kurzarbeitergeld, nicht zu frühzeitig beendet werden. In vielen Schwellen- und Entwicklungsländern, die oftmals weniger finanzpolitischen Spielraum haben, wird sich die Lage im Beschäftigungssektor voraussichtlich nur sehr graduell verbessern. So wird die allmähliche Erholung auf den Arbeitsmärkten in vielen Volkswirtschaften wohl auch die Lohnentwicklung belasten. Auch deshalb ist vielerorts nur mit einem moderaten Anstieg der Verbraucherpreis-inflation zu rechnen.

Zusätzlich dürften finanzpolitische Impulse die Erholung in den kommenden Jahren stützen. Die beschlossenen Hilfspakete in den USA im Umfang von mehr als zweieinhalb Billionen US-Dollar werden dabei den voraussichtlich größten Schub erzeugen. Zudem dürften bereits in diesem und in jedem Fall im nächsten Jahr umfassende finanzpolitische Hilfe aus der Europäischen Aufbau- und Resilienz-fazilität an einige große Volkswirtschaften im Euroraum fließen. So ist mit den ersten Bewilligungen von Ausgabenprogrammen seitens der Europäischen Kommission und entsprechenden Vorabzahlungen von Geldern ab Ende Juli zu rechnen. Werden die bislang eingereichten Programme alle in diesem Jahr bewilligt, dürften die Vorabzahlungen von 13 Prozent der Länderpläne 34 Milliarden Euro für das laufende Jahr betragen. Im Gegensatz zu den kurzfristigen Konjunkturförderungen zur Stabilisierung der Unternehmens- und Haushaltseinkünfte während der Lockdown-Phasen enthalten die zuletzt auf den Weg gebrachten Finanzhilfen vielerorts einen erheblichen Anteil investitionsfördernder Mittel, die den Erholungsprozess in den kommenden Jahren unterstützen.

Neben der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik dürften die weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen die Unternehmensinvestitionen stützen. Zwar kam es zuletzt vielerorts zu einem starken Auftrieb der Konsumentenpreis-inflation. Allerdings lässt sich ein erheblicher Teil dieses Anstiegs auf die Energie- und Nahrungsmittelpreise, die üblicherweise stärkeren Schwankungen unterliegen, zurückführen. So kletterte der Rohölpreis zuletzt auf rund 70 US-Dollar pro Fass und lag damit leicht über dem Vorkrisenniveau. Die Notenbanken der großen Volkswirtschaften sehen daher bislang keinen Handlungsbedarf. Die Geldpolitik dürfte zunächst expansiv ausgerichtet bleiben. Dennoch stiegen die langfristigen Zinsen in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften aufgrund der verbesserten wirtschaftlichen Aussichten weiter leicht an. Insgesamt dürfte das Zinsniveau aber niedrig bleiben. Im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung ist mit ersten restriktiven geldpolitischen Schritten erst ab der zweiten Hälfte des kommenden Jahres zu rechnen.

Kasten

Anziehende Rohstoffpreise: Superzyklus oder temporäre Knappheit

Im Zuge der Corona-Pandemie sind im Frühjahr 2020 die Rohstoffpreise zunächst zurückgegangen. Etwa seit Mitte 2020 steigen sie teilweise stark an (Abbildung 1). Dabei entwickelten sich die Preise der einzelnen Rohstoffgruppen unterschiedlich: So sind die der industriellen und landwirtschaftlichen Rohstoffe im Frühjahr 2020 zunächst moderat gesunken, zogen aber insbesondere seit Mitte 2020 stark an. Demgegenüber brach der Rohölpreis im April 2020 ein und stieg bis Mai 2021 etwa auf das Vorkrisenniveau; hier wirkten sich auch die Abkommen der OPEC-plus-Staaten aus, die im Frühjahr 2020 zunächst Förderkürzungen vorsahen und diese Kürzungen seit Ende 2020 teilweise zurückführten.

Im Zuge steigender Rohstoffpreise haben sich die Produzentenpreise teilweise stark erhöht, zuletzt insbesondere in den USA und Europa (Abbildung 2). Dies könnte den Aufschwung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften dämpfen, sofern diese Entwicklung zumindest mittelfristig anhält.

Steigende Rohstoffpreise könnten auf einen anstehenden Superzyklus hinweisen. Hierbei handelt es sich um ausgedehnte Perioden, in der die Rohstoffpreise – ausgelöst durch starke transformatorische Entwicklungen wie der Industrialisierung vieler Schwellenländer – erheblich über beziehungsweise unter ihrem langfristigen Trend liegen.¹ Mit Überwindung der Corona-Pandemie könnte – so die derzeitige Diskussion – ein neuer Super-Zyklus eingeleitet werden. Die europäischen Volkswirtschaften und die USA erholen sich voraussichtlich recht schnell von dem starken Corona-Schock. Verstärkt wird diese Entwicklung durch eine lockere Geldpolitik und staatliche Konjunkturprogramme teilweise mit dem Fokus auf Investitionen in Energiewende und Klimaschutz, darunter der europäische Green Deal. So dürfte der Wandel hin zu Elektromotoren die Nachfrage nach einigen Industriemetallen nachhaltig steigern. Regierungen fördern zudem den Beschäftigungsaufbau, beispielsweise im Rahmen des US-Fiskalpakets von mehr als zweieinhalb Billionen US-Dollar. Insgesamt könnte mit Abklingen der Pandemie ein weltweit synchroner und starker Aufschwung einsetzen, in dessen Folge die Rohstoffnachfrage schnell steigen und auf hohem Niveau verharren könnte. Gleichzeitig bleibt das Angebot aufgrund einer zeitlich verzögerten Wiederaufnahme der Rohstoffproduktion und Problemen mit Lieferketten vorübergehend begrenzt. Wegen der seit 2014 niedrigen Rohstoffpreise war wohl auch weniger in den Ausbau von Abbau- und Verarbeitungsanlagen investiert worden. Insgesamt stößt eine stark anziehende Nachfrage auf ein zumindest mittelfristig knappes Angebot, was dann zu dauerhaft hohen Rohstoffpreisen führen könnte.

¹ Bahattin Büyüksahin, Kun Mo und Konrad Zmitrowicz (2016): Commodity price supercycles: What are they and what lies ahead? Bank of Canada Review, autumn 2016 (online verfügbar). Vgl. zu Superzyklen in der weltwirtschaftlichen Entwicklung auch Bilge Erten José und Antonio Ocampo (2013): Super Cycles of Commodity Prices Since the Mid-Nineteenth Century, World Development, Volume 44, April, 14–30 (online verfügbar).

Allerdings sprechen einige Beobachtungen eher dafür, dass die Steigerung der Rohstoffpreise temporärer Natur sein wird. So sind Störungen der Produktionsprozesse auf Lockdown-Maßnahmen (Schließung von Minen und Sägewerken, Zurückweisung von ausländischen Erntehelfern) zurückzuführen und lösen sich mit Abbau der Eindämmungsmaßnahmen sukzessive auf. Lieferkettenprobleme werden sich ebenfalls mindern, zum Beispiel wenn sich der Containerkreislauf wieder eingespielt hat. Auch die Blockade im Suez-Kanal hat nur vorübergehend den Seehandel beeinträchtigt.

Für die Preisentwicklung der einzelnen Rohstoffe spielen dabei unterschiedliche Faktoren eine Rolle. So dürfte sich bei weltweit anziehender Rohölnachfrage der Ölpreis auf einem erhöhten Niveau einpendeln, wenn die Förderkürzungen der OPEC plus weiter teilweise zurückgenommen und auch mehr US-Firmen – wie derzeit zu beobachten – ins Fracking einsteigen werden (Abbildung 3).

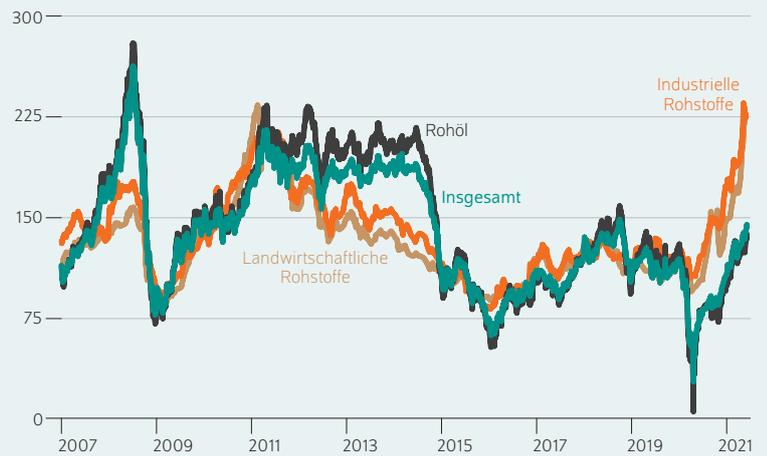
Insbesondere die starke Preissteigerung von Industriemetallen wird als Indiz für einen Superzyklus herangezogen. Die Preissteigerung hat im Mai 2021 einen Höchststand erreicht und ist am aktuellen Rand leicht rückläufig. Bei einer detaillierten Betrachtung einzelner Rohstoffe zeigen sich Unterschiede in den aktuellen Preisverläufen, wie die Beispiele von Zinn und Nickel verdeutlichen. Während der Preis für Zinn bis Ende Mai einen neuen Höchststand erreichte, blieb die Steigerung bei Nickel in längerfristiger Betrachtung im mittleren Bereich.

Die gestiegene Nachfrage nach Metallen in der Elektronikindustrie (hier: Lötmaterial Zinn) dürfte während der Pandemie auch auf den höheren Ausstattungsbedarf für das Homeoffice zurückzuführen sein. Mit fortschreitender Bedarfsdeckung wird die Nachfrage zwar voraussichtlich nachlassen. Allerdings werden weiterhin Mikrochips etwa in der Unterhaltungsindustrie, von Computerherstellern und der Automobilindustrie stark nachgefragt. Produktionsseitig war bei Zinn während der Corona-Pandemie zwar kein Ausfall zu beobachten, allerdings stockte der Export aus Indonesien, einem bedeutenden Zinnhersteller. Dies war auf Unregelmäßigkeiten bei der Prüfung des Metalls zurückzuführen. Nickel wird unter anderem als Legierung in der Stahlindustrie und bei der Batterieherstellung verwendet. China als wichtiger Nachfrager hat seine Stahlproduktion bereits früh nach dem Lockdown wieder hochgefahren, so dass auch Bedarf an Nickel bestand. Mittel- bis langfristig dürfte die weltweite Nachfrage nach Nickel (neben Lithium) infolge der steigenden Elektromobilität weiter zunehmen. Die Produktion von Nickel konnte während der Pandemie stabilisiert werden. Nach der Pandemie dürfte insbesondere Indonesien, das über 22 Prozent der weltweiten Reserven verfügt und der größte Produzent ist, seine Förderung weiter ausweiten.

Der Preis für Eisenerz als Grundstoff der Stahlindustrie ist insbesondere in China stark gestiegen; auch hier deutet sich am aktuellen Rand eine Korrektur an. Bei der Stahlherstellung zeigt sich

Abbildung 1

Rohstoffpreisentwicklung Index



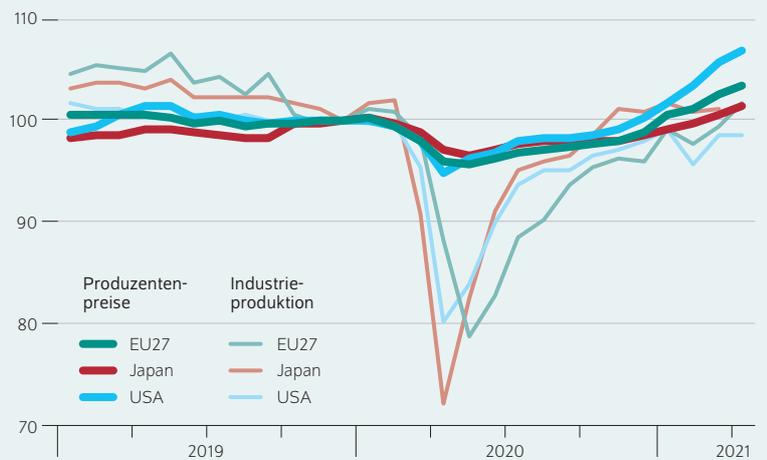
Quelle: HWWI.

© DIW Berlin 2021

Der aktuelle Anstieg der Rohstoffe übersteigt historische Entwicklungen nicht.

Abbildung 2

Produzentenpreise und Produktion in der Industrie Index (Dezember 2019 = 100)



Eurostat; Federal Reserve; Bank of Japan; U.S. Bureau of Labor Statistics; Japanese Ministry of Economy, Trade and Industry; eigene Berechnungen.

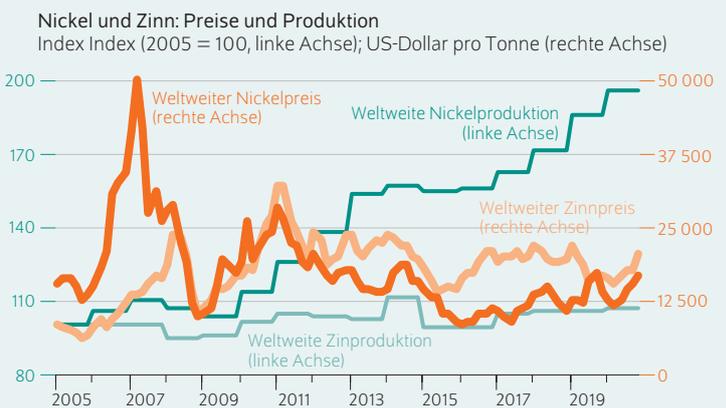
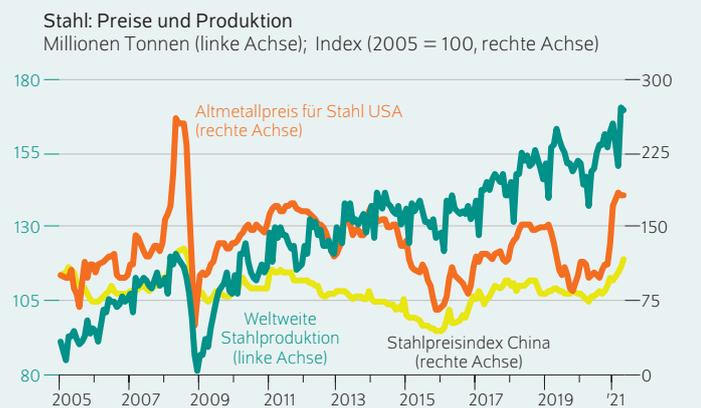
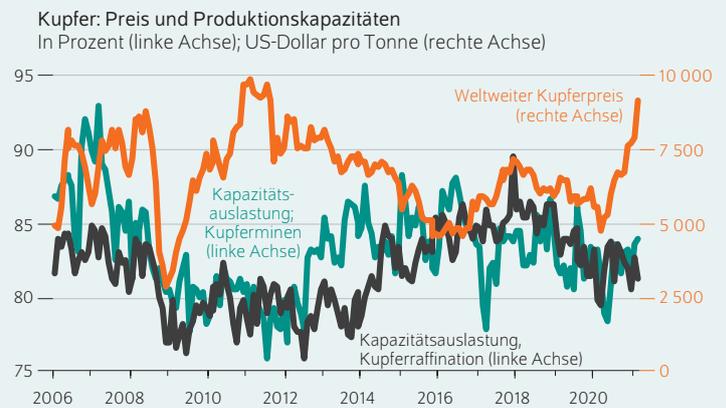
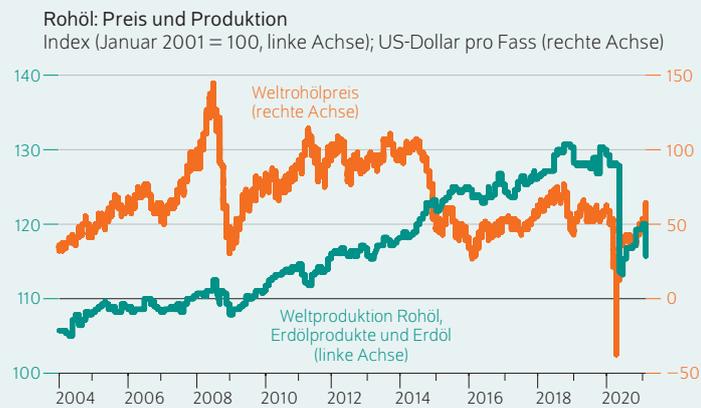
© DIW Berlin 2021

Im Zuge der Erholung der Industrieproduktion sind in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften auch die Produzentenpreise zuletzt angestiegen.

Fortsetzung Kasten

Abbildung 3

Preise und Produktion von ausgewählten Industriemetallen
Index



Quellen: Energy Information Administration; Macrobond (Abbildungsteil 1); International Copper Study Group; London Metal Exchange (Abbildungsteil 2); World Steel Association; China Steel Association; HWWI (Abbildungsteil 3); Australian Department of Industry, Innovation and Science; International Nickel Study Group; World Bank; London Metal Exchange (Abbildungsteil 4); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Für viele wichtige Industriemetalle scheint sich die Produktion aufgrund der im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung gestiegenen Nachfrage wieder rasch auszuweiten.

global übrigens für das Jahr 2020 zwar ein Rückgang, zunächst in China und mit den Lockdown-Maßnahmen auch weltweit gegen Ende des ersten Quartals 2020. Danach wurde aber bald das Vorkrisenniveau übertroffen. Am aktuellen Rand nehmen Produktion und Handel mit dem Konjunkturaufschwung wieder deutlich zu.

Der Preis für Kupfer ist ebenfalls während der Corona-Pandemie stark gestiegen. Er gab aber zuletzt etwas nach, was möglicherweise auf eine Korrektur hindeutet. Dafür spricht, dass die Kapazitätsauslastung der Minen und Raffinerien unter den Vorjahren liegt und somit das Angebot ausgeweitet werden könnte. Allerdings waren Investitionen wegen des niedrigen Kupferpreises wenig attraktiv. Eine deutliche Angebotsausweitung dürfte daher erst mittelfristig realisierbar sein. Gleichzeitig wird wohl die Nachfrage nach Kupfer, das unter anderem im Baugewerbe sowie für Batterien und Elektrofahrzeugen verwendet wird, weiter deutlich steigen.

Die Beispiele der Preisentwicklung von Industriemetallen zeigen, dass sehr unterschiedliche Faktoren den Anstieg begünstigten. Bei längerfristiger Betrachtung von Förderung und Kapazitäten ist eine durchgehende Verknappung einer breiten Palette von Rohstoffen nicht eindeutig erkennbar. Ein Superzyklus der Rohstoffpreise insgesamt ist wenig wahrscheinlich. Eher werden die Preise von einzelnen industriellen Metallen zulegen, deren Bedarf im Zuge einer nachhaltigen Entwicklung und Digitalisierung steigt. Diese Bereiche werden voraussichtlich durch staatliche Förderprogramme für den Corona-Wiederaufbau zusätzlich speziell unterstützt.

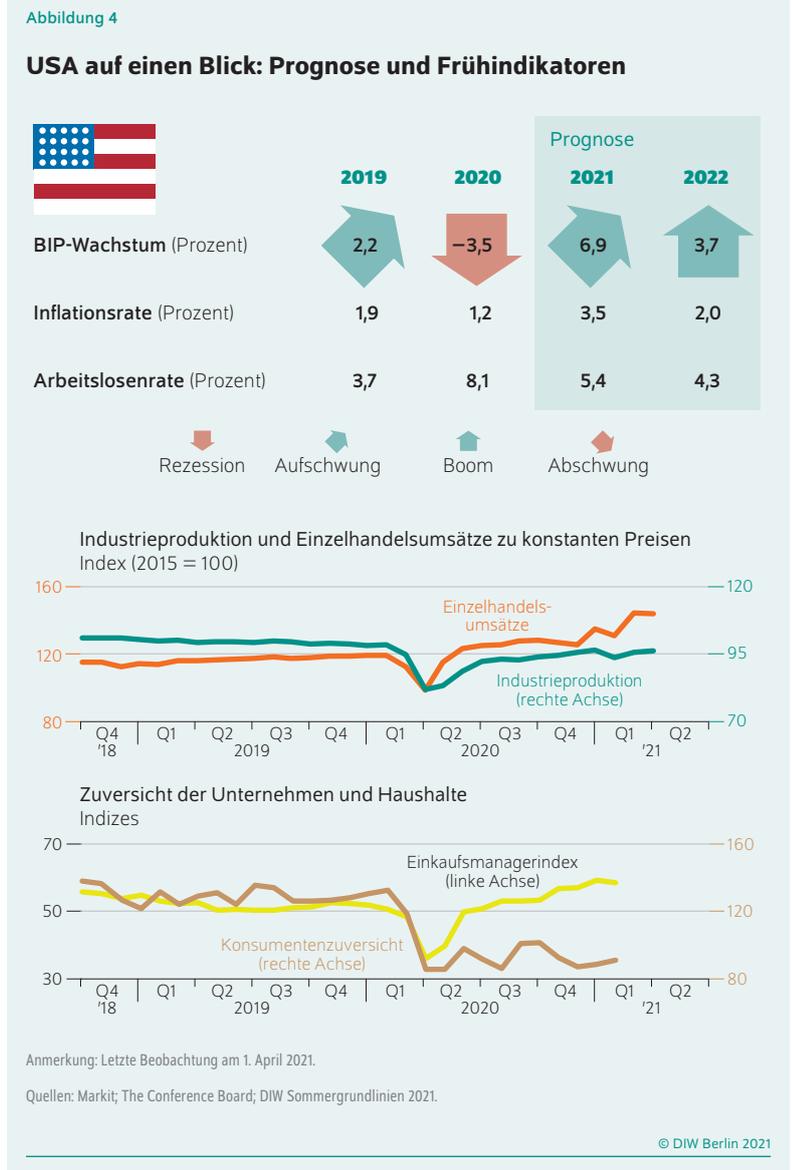
Insgesamt ist das weltwirtschaftliche Wachstum zu Jahresbeginn etwas kräftiger ausgefallen als zuletzt angenommen. Dies ist primär auf die kräftige Erholung in den USA und die milder als erwarteten Wachstumseinbußen in Europa zurückzuführen. Ab dem Sommer dürften allerdings die Produktionseinbußen einiger Schwellenländer die globale Wirtschaft stärker belasten als zuletzt prognostiziert. Ihren langfristigen Wachstumspfad dürfte die globale Produktion damit ab der zweiten Hälfte nächsten Jahres erreichen. Insgesamt bleibt die weltwirtschaftliche Prognose des DIW Berlin nahezu unverändert im Vergleich zum Frühjahr. Das Institut rechnet mit Wachstumsraten von 6,7 Prozent und 4,9 Prozent in diesem und im kommenden Jahr.

Mit den Impffortschritten haben sich die abwärtsgerichteten Risiken zuletzt reduziert. Dennoch bleibt die Prognose insgesamt mit überwiegend negativen Risiken behaftet, insbesondere wegen anhaltender Unwägbarkeiten des Pandemieverlaufs und der Wirksamkeit vorhandener Impfstoffe gegen neu auftretende Virusmutationen. Dies würde wieder schärfere Einschränkungen notwendig machen – vor allem in Ländern, in denen der Impfschutz bislang nur gering ist. Der Wirtschaftsaufschwung dürfte dann erneut ausgebremst werden. Ein weiteres Risiko besteht darin, dass die Unternehmens- und Privatinsolvenzen insbesondere durch weiterhin anhaltende (Teil-)Lockdowns stark steigen. Dies könnte zu erheblichen Kreditausfällen führen und die Finanzmärkte destabilisieren, was auch die Solvenz etlicher Staaten gefährden kann. Den globalen Aufschwung hingegen stärken würden eine schnellere Verteilung von Impfstoffen und eine effektivere Wirksamkeit von Therapien gegen Covid-19.

Entwicklungen in den einzelnen Regionen

In den **Vereinigten Staaten** legte das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal des laufenden Jahres gegenüber dem Vorquartal merklich um 1,6 Prozent zu (annualisiert 6,4 Prozent). Sowohl der private Konsum als auch die privaten Investitionen haben sich deutlich erhöht. Anregend wirkten vor allem die Ende Dezember und Mitte März beschlossenen Hilfs- und Stimulierungspakete im Gesamtvolumen von mehr als zweieinhalb Billionen US-Dollar, die die Einkommen der Haushalte deutlich erhöht haben. Diese Pakete beinhalten unter anderem Einmalzahlungen an Personen mit geringem und mittlerem Einkommen sowie eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung um wöchentlich 300 Dollar bis September.

Die wirtschaftliche Stimmungslage hat sich zudem dadurch verbessert, dass das US-Impfprogramm im internationalen Vergleich gut vorangekommen ist. Die Corona-Neuinfektionen erreichten Mitte Januar ihren Höhepunkt und haben sich seitdem deutlich verringert. Die verschiedenen Eindämmungsmaßnahmen sind schrittweise gelockert und in einigen Bundesstaaten bereits größtenteils aufgehoben worden. Diese Lockerungen und die expansive Finanzpolitik werden die Binnennachfrage im Sommer wohl deutlich stimulieren. Damit wird sich auch die Lage am Arbeitsmarkt weiter verbessern. Im Mai betrug die Arbeitslosenquote nur noch

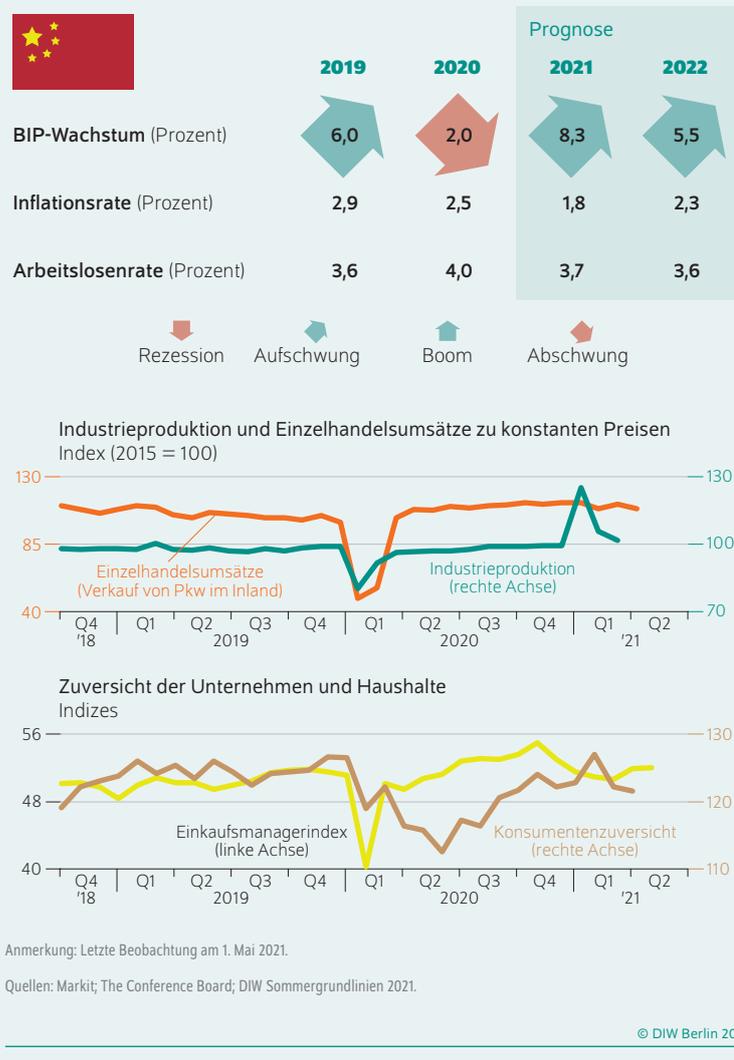


5,8 Prozent, nachdem sie im April 2020 während der ersten Pandemiewelle zwischenzeitlich noch bei 14,7 Prozent gelegen hatte. Die Inflation dürfte im Jahresdurchschnitt auf dreieinhalb Prozent in Vorjahresvergleich klettern. Dies ist allerdings zu einem größeren Teil auf die zuletzt wieder angestiegenen Erdölpreise und das für die Verbraucherpreise niedrige Niveau im Frühjahr 2020 zurückzuführen. Es ist daher damit zu rechnen, dass die US-Notenbank im Sommer keine konkreten Zinsschritte einleitet, sondern Hinweise darauf geben wird, wie sie die Geldpolitik allmählich weniger expansiv ausrichten will. Alles in allem wird die US-Wirtschaft im laufenden Jahr wohl um 6,9 Prozent zulegen. Im Jahr 2022 dürfte die Wachstumsrate bei 3,7 Prozent liegen (Abbildung 4).

Im ersten Quartal 2021 hat die Wirtschaftsleistung in **China** im Quartalsvergleich nur um 0,6 Prozent zugelegt. In den drei Quartalen zuvor war das Bruttoinlandsprodukt nach dem pandemiebedingten Einbruch Anfang 2020 noch deutlich kräftiger gestiegen. Während China die Ausbreitung

Abbildung 5

China auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



der Coronapandemie im Land verhindern konnte, verlief das Impfprogramm im internationalen Vergleich zunächst eher schleppend. Dies führt unter anderem dazu, dass der internationale Reiseverkehr bislang stark eingeschränkt bleibt. Zuletzt wurde die Impfkampagne erheblich ausgeweitet, so dass wie in anderen Ländern auch Lockerungen der Beschränkungen des internationalen Personenverkehrs zu erwarten sind. Das chinesische Wirtschaftswachstum wird weiterhin zu einem bedeutenden Teil durch Infrastrukturinvestitionen und die rege Auslandsnachfrage gestützt, die die Bautätigkeit und die Ausrüstungsinvestitionen stimulieren. Die Erholung des privaten Konsums verläuft bislang langsam, dürfte aber im Laufe dieses Jahres etwas an Fahrt gewinnen. Dämpfend auf die chinesische Wirtschaft wirkt die hohe Verschuldung der Unternehmen und die Schiefelage einiger Finanzinstitute, was während der Pandemie auch den geldpolitischen Spielraum der Zentralbank eingeschränkt hat. Angesichts einer stetigen wirtschaftlichen Expansion ist damit zu rechnen, dass die Geld- und Finanzpolitik im Laufe des Prognosezeitraums allmählich weniger

expansiv werden. Alles in allem dürfte die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr bei 8,3 Prozent liegen. Im Jahr 2022 wird die chinesische Wirtschaft wohl um 5,5 Prozent zulegen (Abbildung 5).

Die dritte Corona-Infektionswelle hat die Binnenwirtschaft im Euroraum zuletzt massiv gelähmt und die Währungsunion in eine technische Rezession geführt. Nachdem die Produktion bereits Ende 2020 unter der zweiten Corona-Infektionswelle zum Erliegen kam (minus 0,7 Prozent), ist sie im ersten Quartal 2021 um weitere 0,6 Prozent geschrumpft. Die Einbußen waren allerdings deutlich geringer als im Frühjahr vergangenen Jahres. Das dürfte daran liegen, dass betroffene Wirtschaftszweige bereits vor den vergangenen zwei Infektionswellen bei Unterauslastung produzierten und teilweise auch auf kontaktloses Angebot umgestellt hatten. Mit sinkenden Infektionszahlen, schrittweisen Lockerungen und der Aufhebung von Reisebeschränkungen dürfte sich die Binnenwirtschaft wieder beleben und auch Tourismus weitgehend wieder möglich sein. Die verbesserte Infektionslage hellte zuletzt die Stimmung der VerbraucherInnen und der UnternehmerInnen auf. Auch steigende Impfraten trugen vermutlich zur Zuversicht bei. Nach dem schleppenden Impfstart in der gesamten Europäischen Union (EU)² haben mittlerweile mehr als 40 Prozent der Einwohner ihre Erstimpfung und mehr als 20 Prozent den vollständigen Impfschutz erhalten, die Immunisierungsrate wächst beständig. Damit dürfte der private Konsum mit Lockerung der Restriktionen im Sommer wieder in Schwung kommen und vertagte Ausgaben vom vergangenen Winter und Frühjahr wohl teilweise nachgeholt werden.

Die Industrie konnte ihre Produktion angesichts einer anziehenden Export- als auch Binnennachfrage weiter ausweiten. Mit einer zunehmenden Eindämmung der Pandemie dürften sich die globalen Lieferketten weiter stabilisieren. Die Kapazitätsauslastung ist gestiegen, sie liegt in den größten Ländern und im Euroraum bei insgesamt 83 Prozent und damit knapp über Vorkrisenniveau. Entsprechend dürften die Unternehmensinvestitionen ihr solides Wachstum im Prognosezeitraum fortsetzen, wenn auch mit kleineren Raten.

Die Unternehmensinvestitionen dürften auch durch weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen gestützt werden. So wird die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank im Prognosezeitraum weiterhin expansiv ausgerichtet bleiben – trotz der zuletzt wieder angezogen Verbraucherpreise. Die jährliche Inflation im Euroraum stieg im Mai 2021 im Vergleich zum Vorjahr auf zwei Prozent. Allerdings dürften sich die Preise ab dem Sommer weitaus weniger stark erhöhen als noch zu Jahresbeginn. Zum einen ist die kräftige Teuerung auf steigende Energie- und Nahrungsmittelpreise und temporäre Effekte wie die Mehrwertsteuersatzänderungen in Deutschland zurückzuführen. Zum anderen dürfte der anhaltend schwache Lohndruck die Preissteigerung bremsen. Insgesamt wird die jährliche Inflation im

² Vgl. DIW Wochenbericht Nr. 11/2021, Kasten 1 (online verfügbar).

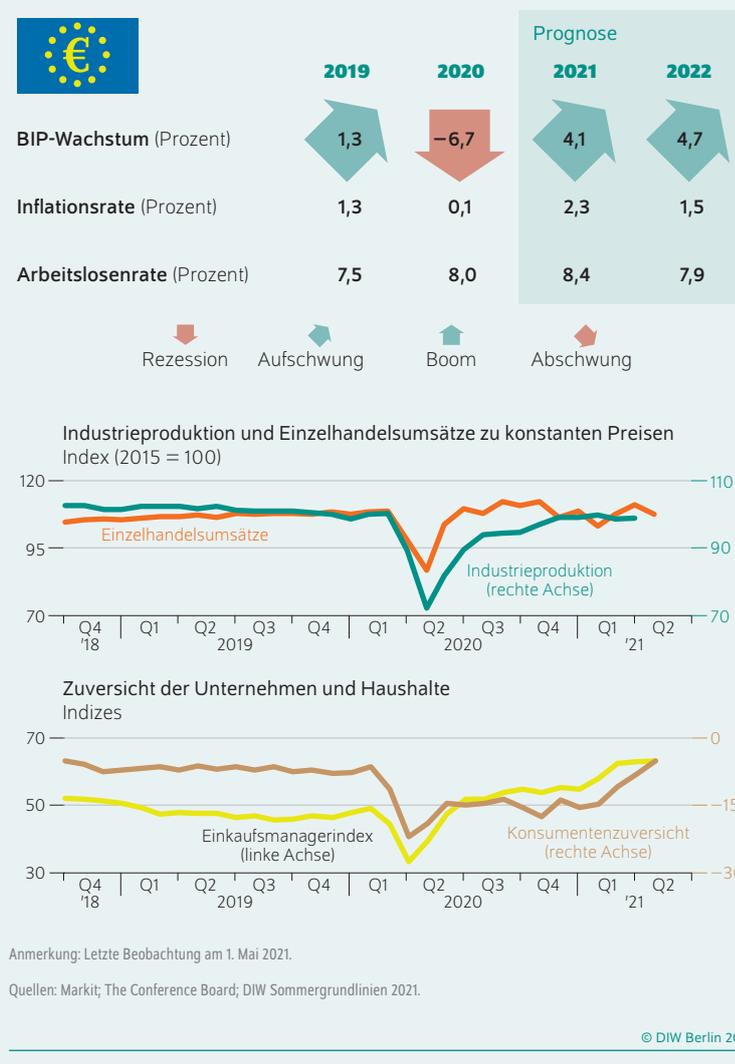
Euroraum im laufenden Jahr voraussichtlich 2,3 Prozent und im kommenden 1,5 Prozent betragen. Die Arbeitslosenzahlen werden im laufenden Jahr wohl zunächst etwas ansteigen, wenn die Unterstützungsprogramme Schritt für Schritt auslaufen. Derzeit steigen zwar die Beschäftigungszahlen wieder leicht an, jedoch in geringerem Maße als die Partizipationsrate auf dem Arbeitsmarkt. Im kommenden Jahr dürften die Arbeitslosenquoten im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs wieder stärker sinken (Abbildung 6).

Zusätzliche finanzpolitische Impulse dürften der wirtschaftlichen Erholung im Euroraum Schwung verleihen. Viele Regierungen kündigten eine Verlängerung finanzpolitischer Maßnahmen oder zusätzliche nationale Hilfspakete an. In Frankreich wurde beispielsweise das Kurzarbeitergeld bis Ende September 2021 ausgeweitet und ein Lohnkostenbeitrag für Dienstleistungsunternehmen im Gaststättengewerbe, Tourismus, Catering und Veranstaltungssektor in Höhe der bezahlten Urlaubstage von Arbeitnehmern beschlossen. Für 2021 hat Italien ein Maßnahmenpaket in Höhe von 21 Milliarden Euro verabschiedet und das Kündigungsverbot für Unternehmen bis September 2021 verlängert.³ Ein Großteil der Hilfen sind für Unternehmen, Selbstständige und SaisonarbeiterInnen vorgesehen und umfassen unter anderem auch die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes bis Ende 2021. Zusätzliche Unterstützung könnten die Länder des Euroraums ab Ende Juli dieses Jahres im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfaszilität erhalten – und zwar in einem Umfang von bis zu 13 Prozent der jeweiligen Länderpläne von insgesamt 34 Milliarden Euro. Das Programm umfasst finanzielle Zuschüsse für den Euroraum von insgesamt 273 Milliarden Euro bis zum Jahr 2026. Ab dem Sommer sollte die Wirtschaft im Euroraum mit kräftigen Raten wachsen und sich der Aufschwung im folgenden Jahr fortsetzen. So dürfte das Wirtschaftswachstum im Euroraum 2021 bei 4,1 Prozent und 2022 bei 4,7 Prozent liegen.

In **Japan** schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2021 gegenüber dem Vorquartal deutlich um 1,3 Prozent. Da die Zahl der Corona-Fälle im Winter stieg, wurden die Eindämmungsmaßnahmen verschärft. Dies hat insbesondere den privaten Konsum verringert. Aufgrund leicht gestiegener Corona-Fallzahlen und bislang schleppender Impfkampagne bleiben verschiedene Eindämmungsmaßnahmen bestehen. Sie sind für einzelne Regionen sogar wieder verschärft worden. Dies wird wohl die Binnennachfrage auch im zweiten Quartal dämpfen. Gestützt wird die wirtschaftliche Entwicklung hingegen von der kräftigen Auslandsnachfrage, vor allem aus China und den USA. Ab dem dritten Quartal dürfte die japanische Wirtschaft im Zuge eines allmählichen Abflauens der Pandemie deutlich zulegen. Die stimulierenden Effekte der expansiven Geld- und Finanzpolitik kommen dann auch wieder mehr zum Tragen. Die Olympischen Sommerspiele werden wie geplant Ende Juli in Tokio eröffnet werden. Pandemiebedingt werden aber

Abbildung 6

Euroraum auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



so gut wie keine ausländischen Gäste einreisen; die Exporte und der private Konsum werden so kaum stimuliert. Zusammengefasst wird die japanische Wirtschaft im laufenden Jahr voraussichtlich nur um 2,2 Prozent zulegen. Im Jahr 2022 dürfte die Wachstumsrate bei 3,0 Prozent liegen (Abbildung 7).

³ Auch die spanische Regierung hat den Kündigungsschutz auf das laufende Jahr ausgeweitet und ein Hilfspaket über elf Milliarden Euro angekündigt. Die Niederlande haben ihr Notfallpaket für 2021 im Mai auf 35,8 Milliarden Euro aufgestockt.

Abbildung 7

Japan auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



| | 2019 | 2020 | Prognose | |
|----------------------------|------|------|----------|------|
| | | | 2021 | 2022 |
| BIP-Wachstum (Prozent) | 0,0 | -4,7 | 2,2 | 3,0 |
| Inflationsrate (Prozent) | 0,5 | 0,0 | 0,2 | 1,0 |
| Arbeitslosenrate (Prozent) | 2,4 | 2,8 | 2,5 | 2,0 |

↓ Rezession ↗ Aufschwung ↗ Boom ↘ Abschwung



Anmerkung: Letzte Beobachtung am 1. Mai 2021.

Quellen: Markt; The Conference Board; DIW Sommergrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Sandra Pasch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | spasch@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook Kolumne: Weltwirtschaft

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 23+24/2021:

www.diw.de/diw_weekly



IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

88. Jahrgang 17. Juni 2021

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander
Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus
Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Anna Hammerschmid (Stellv.)

Lektorat

Prof. Dr. Martin Gornig

Redaktion

Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Hella Engerer;
Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik; Kristina van Deuverden

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter